

Thesen: Kritik der imperialen Lebensweise und die Dringlichkeit des sozialökologischen Umbaus

Linke Bewegungen haben von Beginn an die soziale Frage als ihren Wesenskern ausgemacht. Die Überwindung der Klassengesellschaft und die Beendigung der Ausbeutung abhängiger Arbeit stand im Zentrum des Engagements von Sozialist*innen. Diese „Mission“ bleibt und sie gilt heute im globalen Maßstab. Zugleich hat die skrupellose Ausplünderung der Naturressourcen und die Schädigung der Umwelt unter kapitalistischen Vorzeichen heute ein solches Ausmaß erreicht, dass alle ernsthaften Experten davon ausgehen, dass wir mit dieser Produktions- und Lebensweise an einer Grenze der Belastungsfähigkeit unseres Planeten angelangt sind.

D.h. auch: Bei Strafe des Untergangs muss die Klimakatastrophe abgewendet und ein sozialökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft energisch angegangen werden. „Strafe des Untergangs“ meint dabei nicht den großen weltgeschichtlichen Big Bang, sondern einen Prozess, in dessen Rahmen Teile des Planeten für einen beträchtlichen Teil der Menschheit unbewohnbar werden, und die Verteilungskämpfe auf dem „Rest der Erde“ solche Dimensionen annehmen können, dass der erreichte Stand der humanen Zivilisation auf dem Spiel steht. Die von den Klimawandel-Leugnern Trump, Bolsenaro und Co. exekutierte Politik des verschärften Raubbaus der Natur, der Aushöhlung von Demokratie und Menschenrechten und der Entzivilisierung der Internationalen Beziehungen, gibt einen Vorgeschmack darauf, womit zu rechnen wäre.

Die Notwendigkeit einer Ökologisierung des Kapitalismus ist zugleich allenthalben spürbar. Die Themen „Klimawandel“ und Schutz der natürlichen Umwelt sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Dies zeigt sich in vielfältigen Reformbemühungen auf nationaler und internationaler Ebene. Zugleich wird überdeutlich, dass die dort verhandelten „Reformpakete“ und Einzelmaßnahmen gemessen an den objektiven Anforderungen völlig unzureichend sind. Selbst die ungenügenden Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens werden, Stand heute, weit verfehlt werden. Dabei gibt es einen weitreichenden Konsens, dass alles daran gesetzt werden muss, die Erderwärmung bis zum Jahre 2050 auf deutlich unter 2 Grad bis 2050 zu begrenzen, besser noch: unter 1,5 Grad gedrückt werden müsste. Dazu sollten in dieser Zeit die weltweiten Schadstoffemissionen auf Netto Null gebracht werden. Der Faktor Zeit ist daher von überragender Bedeutung. „Fridays for Future“ und Klimaforscher*innen mahnen völlig zu Recht an, dass lange genug geredet worden und jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei.

Die Einsicht, dass es kein „Weiter So“ geben kann, wir anders wirtschaften und leben müssen, wächst innerhalb des Bildungsbürgertums, auch in Teilen der wirtschaftlichen und politischen Eliten, und in der nachkommenden Generation. Die jüngsten Wahlerfolge der Grünen sind auch Ausdruck dieses Wandels. Zugleich, siehe oben, bleiben die Änderungen in der praktischen Politik weit hinter dem Notwendigen weit zurück. Dies hat strukturelle, ja systembedingte Ursachen. Unter neoliberalen Vorzeichen wurde das wirtschaftsleitende Prinzip der Profitmaximierung

noch einmal potenziert, auch indem versucht wurde, Versuch, alle gesellschaftlichen Bereiche marktkonform umzugestaltend. Das hat weiter dazu beigetragen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schädigen. Außerdem: In den letzten drei Dekaden wurde die Kaste der Superreichen, die ohnehin maßgeblichen Einfluss auf Staat und Wirtschaft hat, kräftig genährt. Diese Akteure der Macht sind es aber, die sich mit Händen und Füßen gegen die ökologische Wende sträuben und ihre exklusiven Privilegien verteidigen möchten. Last not least: Der neoliberale Kapitalismus hat solche Schneisen in die Fähigkeiten des bürgerlichen Staates, regulierend und steuernd einzugreifen, geschlagen, dass eine rasche Umkehr kaum möglich erscheint.

Die dem Kapitalismus eingeschriebene Tendenz ungezügelter Wirtschaftswachstums, d.h. auch dem Zwang zur ständigen Kapitalvermehrung, und der Versuch immer neue Bereiche des gesellschaftlichen Lebens marktförmig zu organisieren, sind ursächlich dafür, dass der Raubbau an den natürlichen Ressourcen voranschreitet, der schädliche CO₂-Ausstoß und anderer Gifte nahezu ungebremst weitergeht und die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften – wir reden hier von umweltschonender Landwirtschaft, Energieeffizienz und Energieeinsparung, Müllvermeidung etc. – blockiert wird. Daher führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass die Logik der Profitvermehrung nicht länger bestimmendes Motiv des Wirtschaftens sein darf. Dies wiederum führt unabweisbar zu der Kernthese: An einer grundlegenden Änderung der gegebenen Macht- und Eigentumsverhältnisse führt kein Weg vorbei.

Die der kapitalistischen Marktwirtschaft verhafteten Parteien scheuen den Konflikten mit den Beharrungskräften in Industrie und Landwirtschaft und wollen die Grundlagen der Profitwirtschaft nicht in Frage stellen. Daher bleiben ihre Antworten auf die neuen Herausforderungen halbherzig und unter dem Strich ungenügend. Ob der notwendige Wandel durchgesetzt werden kann, hängt daher in hohem Maße davon, dass sich linke Kräfte und Bewegungen mit einem klaren sozialökologischen Programm stärker in der Gesellschaft verankern und darüber wirkungsmächtig werden. Damit ist zugleich die spezifische Aufgabe einer emanzipatorischen Linken benannt. Es ist an ihr, den Menschen Vorschläge zu machen, wie mit einer Summe weitreichender und konkreter Reformen diese Systemlogik überwunden und eine Gesellschaft entwickelt werden kann, die auf den Grundsätzen von Nachhaltigkeit und Solidarität aufbaut.

Die multiplen Krisen – Klima/Umwelt, Wachstum, Umgang mit Zuwanderung – haben die Ausgangslage dafür nicht leichter gemacht. Allenthalben ist die Besorgnis gewachsen, was der Wandel für die eigenen Lebensbedingungen bringen wird und ob er mit mehr Arbeitslosigkeit und/oder Konsumeinbußen verbunden sein wird. Diese Zukunftsängste werden von den neuen rechtspopulistischen Strömungen für ihre reaktionäre Politik genutzt. Es ist an der Linken, hier ein deutliches Gegengewicht zu setzen. Auf der anderen Seite gilt aber auch: Innerhalb der Gesellschaften hat ein Prozess des Umdenkens begonnen, wird die Notwendigkeit neuer Politik zusehends erkannt. Dies betrifft auch die Interessenvertretungen der Arbeiterklasse (Gewerkschaften); dies zeigt sich in der Positionierung vieler Verbände und Bürgerinitiativen, in denen überdurchschnittlich Menschen aus den gesellschaftlichen Mittelschichten vertreten sind und in der Haltung der großen christlichen Kirchen. In einer solchen Situation ist es eine historische Aufgabe der gesellschaftlichen und politischen Linken sich an die Spitze der Bewegung für den

sozialökologischen Umbau zu setzen. Die Verantwortung für die notwendige Wende den Grünen und den modernen Flügeln des Bürgertums zu überlassen, wäre fahrlässig, kontraproduktiv, töricht. Daher führt der in unseren Reihen mitunter zu hörende Satz, wir sollten „nicht den Grünen hinterherlaufen“ und uns auf unsere Kernkompetenz – die soziale Frage – besinnen, in die Irre. Entweder sind wir starke Treiber sozialökologischer Transformation oder wir sind Geschichte.

Die „Machtfrage“ zu stellen ist das Eine, die gesamte Lebensweise in Frage zu stellen das Andere. Die Kritik an dieser Art und Weise, wie wir produzieren, konsumieren, leben, ist in jüngerer Zeit als Kritik an der „imperialen Lebensweise“ formuliert worden. Daran ist richtig, dass es heute globale Verwertungszusammenhänge gibt und die Privilegierten in den entwickelten kapitalistischen Zentren auf Kosten des „Restes der Welt“ leben. Zu Recht ist angemerkt worden, dass dieser Kontext, der u.a. auf der Verlagerung der internen Lebenshaltungskosten in den Metropolen (Beispiel Müllexporte oder brutale Rohstoffgewinnung für unsere Handys) auf die Peripherie gründet, nicht bedeutet, dass alle Menschen gleichermaßen für diese exzessive Lebensweise in Haftung genommen werden können. Die Interessen der Menschen, die in den „entwickelten Industriegesellschaften“ durchaus an der Ausbeutung der „Entwicklungsländer“ teilhaben und die sich auch in der hiesigen Konsumwelt eingerichtet haben, sind - im Unterschied zu den Treibern und Entscheidern dieser Entwicklung in den Konzernzentralen und den Regierungsapparaten – nicht essentiell mit diesen Verhältnissen verbunden. Von den Sinnwidrigkeiten des globalen Ernährungsmarktes etwa, der mit enormen Logistikkosten verknüpft ist, profitieren vornehmlich die globalen Player der Lebensmittelindustrie, die diesen status quo natürlich aufrechterhalten wollen.

Richtig ist aber auch, dass wir uns diese imperiale Lebensweise mit ihren Folgeproblemen für Umwelt, Mensch und Tier nicht länger leisten können. D.h. nicht zuletzt für die Menschen, die eher auf der „Sonnenseite“ der Welt leben, dass sie ihre Lebensstile kritisch hinterfragen und ändern müssen. Dieser Zusammenhang von radikalem Wandel der Gesellschaft und der aktiven Veränderung persönlicher Lebensumstände mag durchaus als geschichtliches Novum angesehen werden, das auch und gerade Linke in ihrer hergebrachten Denkungsart vor neue Herausforderungen stellt. Es reicht nicht mehr, eine Neuordnung gesellschaftlicher und politischer Makrostrukturen einzufordern. Der je eigene Lebensalltag ist kritisch zu betrachten und ggf. zu verändern. Die Vorstellung mancher, dass die große gesellschaftliche Veränderung über individuelles Konsumverhalten eingeleitet oder gar bewirkt werden könne, dürfte jedoch illusionär sein. Die Selbstveränderung der Individuen kann wichtige gesamtgesellschaftliche Bewusstseinsprozesse anstoßen. Und sie kann in Verbindung mit engagierten Bürgerinitiativen und einer kritischen Öffentlichkeit erheblicher Druck auf die Verantwortlichen in den Konzernen und der Politik entfalten. Damit können durchaus Verhaltensänderungen ausgelöst werden. Wie sonst sind die Zunahme der Bioprodukte in den Regalen der Supermarktketten, die Bemühungen um fahrradfreundlichere Innenstädte, um nur zwei Beispiele zu nennen, zu erklären? Aber ohne drastischere Eingriffe in die gegebenen Besitz- und Machtverhältnisse werden diese Reformen Stückwerk bleiben.

Bei der Kritik der imperialen Lebensweise geht es nicht pauschal, wie die rechten Kritiker der ökologischen Wende suggerieren wollen, um Konsumverzicht und schon gar nicht um eine Verringerung von Lebensqualität. Das zu erlangende Glück des

Menschen hängt nicht von der Pferdestärke seines Autos oder dem maßgeschneiderten Drittanzug ab. Viel wichtiger für ein erfülltes Leben ist eine ausreichende soziale Sicherheit und der ungehinderte Zugang aller Menschen zu den „Freiheitsgütern“ Bildung, Kultur, Gesundheit, der auch gewährleistet, dass sie ihre Fähigkeiten uneingeschränkt entfalten können. Das „einfachere Leben“, das mit der ökologischen Wende einhergehen muss, zielt auf eine Mehr an Lebensqualität und ein Mehr an gesellschaftlicher Wohlfahrt für alle Menschen. Die Linke muss dabei den Mut haben, sich der Vergötzung privaten Reichtums entgegenzustellen und sie sollte dabei den Wert des gesellschaftlichen Reichtums (saubere Umwelt, gute öffentliche Infrastruktur, reichhaltige Kultur usw.) für das je individuelle Glück herauszuarbeiten. Dazu gehört auch, sich mit der recht betriebenen Beschwörung der Freiheit auseinanderzusetzen, die angeblich von ideologisch motivierter, ökologischer Ordnungspolitik bedroht sei. Am Beispiel der Feinstaubbelastungen in den Großstädten kann gezeigt werden, wie die sog. „freie Fahrt für freie Bürger“ zur Verschlechterung der Lebenssituation für die betroffenen Anwohner*innen führt, also konkret Freiheitseinschränkungen für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Ordnungsrechtliche Auflagen, wie der Begrenzung des Verkehrs, führen dagegen zu mehr Freiheit. Und ja, es geht auch um Verbote. Die asoziale Raserei auf den Straßen fällt darunter wie auch die Müllverbrennung im heimischen Garten.

Der Faktor Zeit drängt „objektiv“ dazu, das Projekt der Öko-Wende schleunigst in Angriff zu nehmen. Dem steht gegenüber, dass dieser Plan nicht diktatorisch verfügt werden kann. Es wird nur gelingen, wenn die Mehrheit in den jeweiligen Gesellschaften auf diesem Weg mitgenommen wird. Daher werden wir vielfältige Hemmnissen und Hindernissen, die in der Lebensweise der Menschen, ihrem Alltagsbewusstsein, ihren Gewohnheiten, eingeschrieben sind, zu berücksichtigen haben. Auch die gewachsenen Interessen- und Bedürfnisstrukturen sind in Rechnung zu stellen. Daher müssen wir in längeren Übergangsphasen denken und dementsprechende -prozesse organisieren. Dabei geht es nicht zuletzt darum, die sozialen Belange der abhängig Beschäftigten mit zu bedenken und soziale Abfederungen zu konzipieren. Gerade weil die Zeit drängt, helfen „Alles oder Nichts“-Positionen nicht weiter. Wir werden auch Maßnahmen und Schritte im Rahmen der Ökologisierung des Kapitalismus („*grüner Kapitalismus*“) nicht a priori und in Bausch und Bogen verwerfen können. Es geht vielmehr darum, zu prüfen, ob sie in die richtige Richtung gehen und ob damit Wege zu einer weitergehenden Transformation geöffnet werden können.

Um dies beispielhaft zu beleuchten: Die Verheißungen einer Verkehrswende durch E-Mobilität etwa sind einer sehr grundsätzlichen Kritik aus ökologischer Sicht unterzogen worden (Gesamtbilanz des Energieverbrauchs, mehr statt weniger Autos, Entsorgung usw.). Daran ist Vieles plausibel und es spricht viel dafür, in der Elektromobilität nicht den Ausweg aus den Verkehrsproblemen zu sehen. Aber was ist gegen einen möglichst flächendeckenden Einsatz von E-Bussen in Städten einzuwenden, die unter der Last krankmachender Luft durch Abgase/Feinstaub ächzen und ansonsten keine kurzfristige Abhilfe schaffen können? Ein anderes Beispiel: Was ist gegen eine kräftige CO₂-Bepreisung im Energiesektor vorzubringen, die den Anreiz für Immobilienbesitzer energiesparende Heizsysteme einzubauen, immens erhöht? Insgesamt ist natürlich grundlegende Skepsis gegenüber denjenigen angebracht, die uns einen Ausweg aus der Umweltkrise durch technologische Innovationen versprechen und dabei vor allem neue Geschäftsfelder im Auge haben. Aber das darf mitnichten dazu führen, die Weiterentwicklung von

Forschung und Technik blockieren zu wollen. Und schließlich gilt: Energie einsparen zu wollen und effizientere Energiesysteme zu entwickeln sind ebenso wenig Gegensätze wie Müllvermeidung und umweltschonende Recyclingsysteme.

Die große Frage bleibt, wie die an den Kriterien „Nachhaltigkeit“ und „gesellschaftlichem Zusammenhalt“ (Solidarität) anzustoßenden und zu realisierenden Umbauprozesse organisiert werden können bzw. sollten. Es handelt sich offenkundig um eine höchst komplexe und komplizierte Aufgabe, bei der auch in vielerlei Hinsicht Neuland betreten werden muss. Eindimensionale Vorschläge, die auf den Markt oder technische Neuerungen setzen, führen ins Abseits. Die ökologische Krise und das gegenwärtig zu beobachtende Unvermögen adäquat darauf zu reagieren, sind beredter Ausdruck von Marktversagen. Wie soll daraus jetzt die Rettung für den Planeten entstehen? Auch die Digitalisierung kann bestenfalls ein Hilfsmittel bei der Lösung einiger Probleme werden und kann strategische Antworten auf die Frage notwendiger gesellschaftlicher Umstrukturierung nicht ersetzen. Aber auch auf linker Seite gibt es Versuche, die Komplexität der Öko-Krise zu reduzieren und darauf mit allzu einfachen Rezepten zu antworten. Eine „Reichen-Umweltsteuer“ zu fordern, ist gewiss nicht falsch. Die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten (Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer etc.) ist eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die zu leistende Problembewältigung. Auch reicht die Vorstellung, dass es überwiegend auf staatliche Investitions- und Förderprogramme ankomme, bei weitem nicht aus, um die erforderlichen Steuerungsprozesse auch wirklich einleiten und realisieren zu können.

Es ist aus unserer Sicht auch völlig unstrittig, dass der Staat bei der Durchsetzung der sozial-ökologischen Wende eine Schlüsselrolle spielen muss. Nur kommt man an der prinzipiellen Frage nicht vorbei, wie wir uns – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfahrungen des untergegangenen „Realsozialismus“ – die Gesellschaft der Zukunft vorstellen und welche Rolle dabei dem „Zentralstaat“ zukommen sollte. Soll dieser Staat wieder auf zentralistischer Planwirtschaft aufbauen, ein Staat, der die Gesamtheit der gesellschaftlichen Prozesse von oben steuert? Wenn die Antwort Nein lautet, dann sollten wir uns über andere Konstitutionsbedingungen für eine gesellschaftliche Umorientierung im Klaren werden: Wir werden einen parlamentarisch-demokratischen Staat brauchen, der auf allen Ebenen weiter demokratisiert werden müsste (durch mehr plebiszitäre Elemente etwa). Wir werden eine lebendige Zivilgesellschaft brauchen, die über Kontroll- und Eingriffsrechte verfügt (Mitbestimmungsräte, Rechte der Gewerkschaften, der Wohlfahrts- und Verbraucherverbände). Und wir brauchen, neben einem breiten öffentlichen Sektor, Märkte, die nicht stranguliert sind, sich aber dennoch an öffentlich-rechtlich vorgegebenen Standards und Limits orientieren müssen.

Unsere Kernthese ist, dass der sozial-ökologische Umbau durch starke „öffentlich-rechtliche Institutionen“ gesteuert und organisiert werden muss. Zur Wiederholung: Diese Einrichtungen, müssen möglichst demokratisch ausgestaltet sein. Auch die sachgerechte Dezentralisierung von Entscheidungsvorgängen kann und wird damit verbunden sein. Es wird beim staatlichen Handeln auch nicht die Stellschraube geben, an der zu drehen ist, um die gewünschte Richtungsänderung zu erreichen. Vielmehr werden diese Institutionen eine breite Palette an Instrumenten und Maßnahmen für die Ziele des sozialökologischen Wandels einsetzen müssen. Wenn Neuland betreten wird, ist auch eine stete Revision der Politik unverzichtbar sein, mit

der geprüft wird, ob man auch die richtigen Mittel für die Erreichung der beschlossenen Ziele eingesetzt hat.

- An erster Stelle steht die Herstellung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen. Hier geht es um die Fixierung umweltgerechter Gütestandards in landwirtschaftlicher und industrieller Produktion/Konsumtion, im Verkehrswesen und beim Bauen und Wohnen. Das kann Produktionsverbote oder – begrenzungen einschließen (Bsp.: Stilllegung von AKW`s, Braunkohle- und Kohlekraftwerken). Wichtig sind gleichermaßen Verhaltensvorschriften, beispielsweise im Bereich Verkehr. Ein flächendeckendes Tempolimit auf deutschen Straßen etwa wäre ein Segen für die Umwelt. Schon eine Begrenzung auf eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h würde zudem die auf die Produktion von besonders gewinnträchtigen „Premium“-Fahrzeugtypen mit größtmöglicher Geschwindigkeit erpichte Automobilindustrie ad absurdum führen und deren Legitimation elementar in Frage stellen.
- Zweitens ist es unabweisbar, das Verhalten der Akteure auf den Märkten, die für eine innovative und verbrauchernahe Wirtschaft unumgänglich sind, durch staatliche Finanz- und Steuerpolitik zu beeinflussen. Mittels adäquater Steuern und Abgaben wird sowohl das Verhalten der Produzenten als auch der Verbraucher beeinflusst und kann in die richtige Richtung gelenkt werden. Daher ist eine Besteuerung umweltschädlicher Produktion, die auch Wirkung erzielt, von großer Bedeutung, wenn die Klimaziele überhaupt erreicht werden sollen. Die Bepreisung des umweltschädigenden Kohlendioxid-Ausstoßes (CO₂), verbunden mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen, ist in dieser Hinsicht ein wichtiges Element um den Umstieg auf erneuerbare Energiequellen, die energetische Gebäudesanierung oder den Ausbau des Schienenverkehrs voranzubringen.
- Last not least müssen staatliche Förderprogramme, sprich: Investitionen, dafür Sorge tragen, dass der Umbau in Industrie, Bauen/Wohnen, Verkehr gestützt wird; Forschung & Entwicklung für Nachhaltigkeit vorangebracht und eine Regionalentwicklung initiiert wird, die insbesondere auch regionale Wirtschaftskreisläufe nach sich zieht.

Die gegenwärtige Krise kapitalistischer Entwicklung und die Umweltkrise gehören elementar zusammen. Dies gilt auch umgekehrt: Alternative Zukunftsvorstellungen müssen einen erneuerten Sozial- und Wohlfahrtsstaat ebenso einschließen wie eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise. Man kann diese Idee auch mit dem Begriff einer *solidarischen Gesellschaft* umschreiben, oder dazu auch *Sozialismus* sagen.

Paul Schäfer, November 2019